



Presseschau vom 12.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Erneuter Luftangriff der US-Koalition in Syrien: Zwei Kinder und zwei Frauen getötet

Bei einem erneuten Luftanschlag der US-geführten Koalition auf die Stadt Hadjin in der syrischen Provinz Deir ez-Zor sind laut der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur Sana vier Zivilisten getötet worden.

„Die Fliegerkräfte der ‚Internationalen Koalition‘ setzen ihre Angriffe auf die Hadjin in der östlichen Provinz Deir ez-Zor fort. Dadurch kamen vier Zivilisten ums Leben“, schreibt die Agentur unter Verweis auf lokale Quellen.

Bei den Opfern soll es sich um zwei Kinder und zwei Frauen gehandelt haben.

Zuvor wurde mitgeteilt, das syrische Außenministerium habe nach einem Luftschlag der US-geführten Koalition auf die Stadt Hadjin am Freitag, der 26 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung gefordert habe, zwei Schreiben an die Uno gerichtet.

Die Koalition hat bereits mehrfach Luftangriffe auf Hadjin geführt. Syrische Medien haben in diesem Zusammenhang wiederholt auf die Verwendung von weißem Phosphor durch die Koalition bei ihren Luftangriffen hingewiesen.

Vertreter des Pentagons erklärten daraufhin, dass die US-Koalition keine Informationen über die in Syrien verwendete Munition preisgebe – sie würde aber allen internationalen Standards entsprechen.

Seit 2014 führen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten eine Operation gegen den

„Islamischen Staat“* in Syrien und im Irak durch. In Syrien operieren sie ohne Zustimmung der Regierung in Damaskus.

*Auch IS/Daesh, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung

Lug-info.com: Zum Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale betrug die Wahlbeteiligung in der LVR 77%, teilte die Zentrale Wahlkommission mit.

de.sputniknews.com: **Wahlen in Donezk beendet: Wahlbeteiligung bei 80,1 Prozent – Wahlbehörde**

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der selbsterklärten Volksrepublik Donezk am Sonntag sind insgesamt 80,1 Prozent der wahlberechtigten Bürger an die Wahlurnen gegangen. Wie die Leiterin der Wahlbehörde der Republik, Olga Posdnjakowa, sagte, sind dies die Angaben nach der Schließung aller Wahllokale.

In der selbsterklärten Volksrepublik Donezk fanden am heutigen Sonntag die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Um das Amt des Oberhauptes der Republik bewarben sich fünf Kandidaten, darunter auch der stellvertretende Republikchef Denis Puschilin.

Der bisherige Republikchef Alexander Sachartschenko war kürzlich bei einem Bombenanschlag getötet worden.

Kiew erklärte bereits, es werde die Wahlergebnisse nicht anerkennen. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte betont, die Wahlen in Donezk würden nicht gegen die Minsker Vereinbarungen verstoßen.

Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32293/06/322930647.jpg>

Dan-news.info: Zum Zeitpunkt der Schließung der Wahllokale betrug die Wahlbeteiligung in der DVR 80,1%, teilte die Zentrale Wahlkommission mit. Die Zahl der Wähler betrug mehr als 1,6 Millionen.

vormittags:

de.sputniknews.com: Weißes Haus lüftet Themen von Trump-Putin-Merkel-Macron Gespräch in Paris

US-Präsident Donald Trump hat in der französischen Hauptstadt eine produktive Diskussion mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel, seinen Amtskollegen Wladimir Putin und Emmanuel Macron sowie mit anderen Spitzenpolitikern der Welt geführt. Dies gab die Pressesprecherin des US-Staatsoberhauptes Sarah Huckabee Sanders am Montag bekannt.

Sanders zufolge erörterten sie den INF-Vertrag, das Atomabkommen, den Handel und die Sanktionen. Zudem sei die Lage unter anderem in Syrien, Saudi-Arabien, Afghanistan, China und Nordkorea beredet worden.

„Sie hatten während des zweistündigen Mittagessens ein sehr gutes und produktives Gespräch“, so die Pressesprecherin.

Zuvor hatte der russische Staatschef, Wladimir Putin, erklärt, er habe eine gute Konversation mit Donald Trump in Paris geführt.

Am Sonntag empfing der französische Präsident, Emmanuel Macron, in Paris anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg Staats- und Regierungschefs.

Nach dem Empfang im Élysée-Palast begaben sich die Weltpolitiker zum Pariser Triumphbogen und wohnten einer feierlichen Gedenkzeremonie bei.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Losowoje und Shelobok. Geschossen wurde mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren.

de.sputniknews.com: Kiew attackiert Merkel wegen „Absprache mit Putin“

Wer ist verantwortlich dafür, dass die Ukraine kein Nato-Mitglied ist? Die Kiewer Militärführung weiß es: Präsident Putin und Bundeskanzlerin Merkel. Wie das Portal „Swobodnaja Pressa“ berichtet, hat ein ukrainischer General die Kanzlerin beschuldigt, den Nato-Beitritt der Ukraine 2008 verhindert zu haben.

Russlands Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzlerin Angela Merkel sollen den Beitritt der Ukraine zur Nato gemeinsam vereitelt haben: „Putin hat es mit Frau Merkel abgesprochen und sie haben alles dafür getan, dass weder die Ukraine noch Georgien einen Aktionsplan für einen Beitritt erhalten“, sagte der ehemalige Vizechef des ukrainischen Generalstabs, Igor Romanenko, einem ukrainischen TV-Sender laut dem Portal.

Demnach soll es für die Ukraine 2008 eine echte Chance gegeben haben, dem nordatlantischen Bündnis beizutreten. Eine weitere Beitrittsgelegenheit werde es für die Ukraine in zehn Jahren geben, sagte Romanenko laut dem Portal.

Erst eine Woche vor der Erklärung Romanenkos hatte der Rada-Abgeordnete Juri Tschischmar der Bundeskanzlerin vorgeworfen, den Verlust der Krim verschuldet zu haben. Die Abtrennung der Krim und der Krieg im Donbass seien überhaupt erst dadurch möglich geworden, dass Angela Merkel den Nato-Beitritt der Ukraine verhindert habe. Und außerdem: Kiew habe „viele Fragen“ an die Bundeskanzlerin.

Den Grund, warum Spitzenpolitiker in Kiew plötzlich die Bundeskanzlerin angreifen, sieht der russische Experte für internationale Beziehungen, Bogdan Bepalko, gar nicht so sehr im politischen Bereich: „Die Kanzlerin ist für amerikanische und damit auch für ukrainische Politiker inzwischen zu einem Störfaktor geworden. Aber das hat weniger mit dem Nato-

Beitritt zu tun, als vielmehr mit dem Nord Stream 2, der bestens vorankommt und bald abgeschlossen sein wird.“

Die Ostseepipeline werde Deutschland zu einem „Gas-Hub“ machen, sagt der Analyst. „Der Gas-Transit durch die Ukraine wird sich – sofern es ihn überhaupt noch geben wird – auf höchstens 15 Milliarden Kubikmeter pro Jahr verringern, statt der heutigen 90 Milliarden Kubikmeter.“ Das sei der „wahre Grund“ für die aggressiven Ausfälle der Kiewer Führung gegen die deutsche Regierungsvorsitzende.

Dass die Ukraine angeblich eine Chance gehabt habe, 2008 der Nato beizutreten, hält der Experte für „eine starke Übertreibung“. Ein Beitritt sei schließlich eine teure Angelegenheit. „Damit ist eine Umrüstung der Armee, ein Wechsel zu neuen Standrads verbunden. Solche Ausgaben konnte die Ukraine sich nicht leisten, die westlichen Staaten wollten sie nicht übernehmen. Für die Ukraine war die Tür zur Nato deshalb fest verschlossen – ganz unabhängig von Merkel. Obwohl ich nicht ausschließe, dass sie diese Sache damals mit Putin besprach.“

Außerdem: Als Plattform gegen Russland kann die Ukraine sowieso heute schon jeder Zeit verwendet werden, sagt Bepalko. In dieser Hinsicht ist die Ukraine so wie Georgien: „Ein Entwicklungsland, wo die Amerikaner tun und lassen können, was sie wollen. Georgien zum Beispiel ist heute faktisch ein Übungsplatz der Nato für Biowaffen“, so der Analyst.

Ein Nato-Beitritt – der sei für die Ukraine wie für Georgien fern jeder Realität, sagt der russische Deutschland-Experte Wladislaw Below von der Russischen Akademie für Wissenschaften. „Weder die Ukraine noch Georgien können heute Beitrittskandidaten werden. Aus einem ganz einfachen Grund: Diese Länder haben umstrittene Gebiete und ungelöste Gebietskonflikte. Ihre Beitrittsgesuche würden nicht mal geprüft.“

2008 war es eine US-Initiative, diese beiden Länder als Beitrittskandidaten zu prüfen. Russland sprach sich – aus Sicherheitsgründen – entschieden dagegen aus. Angela Merkel unterstützte Russlands Protest, der Beitritt wurde verschoben.

„Ob Georgien und die Ukraine es wollen oder nicht, aber Südossetien und die Krim sind faktisch Garantien dafür, dass sie der Nato nicht beitreten“, sagt Below. „Russland seinerseits wird immer darauf bestehen, dass eine Nato-Ausweitung bis an seine Südgrenzen absolut inakzeptabel ist.“

Aber nochmal kurz zur Ukraine: „Kiew hat derzeit ein sehr schwieriges Verhältnis zu Berlin wie übrigens auch zu Paris“, sagt der Experte. „Gute Beziehungen haben sie eigentlich nur zu Washington, was ja auch das Grundproblem ist.“

Auch wenn das deutsche Establishment hinsichtlich Russlands eine moderatere Position vertritt, bestimmte Entscheidungen würden nun mal „nicht in Berlin und nicht in Paris“ getroffen, sagt Below. „Auch der Erfolg der Minsker Vereinbarungen hängt nicht von Moskau, Berlin und Paris ab. Solange aber der Donbass-Konflikt ungelöst bleibt, wird die Ukraine niemals Nato-Mitglied werden können.“

de.sputniknews.com: Deutsche Kampfflugzeuge nehmen Übungsflüge über Estland wieder auf

Die Kampfflugzeuge der deutschen Luftwaffe vom Typ Eurofighter, die für die Überwachung des Luftraums Estlands auf dem estnischen Flugplatz Ämari stationiert werden, sollen die täglichen Übungsflüge in niedrigen Höhen wieder aufnehmen. Dies geht aus einer Mitteilung der estnischen Verteidigungskräfte hervor.

„Im Laufe der Arbeitswoche werden Eurofighter-Kampfflugzeuge der deutschen Luftwaffe Übungsflüge im estnischen Luftraum durchführen. Die Flüge werden in einer Höhe von mindestens 152 Metern und vorwiegend von den Städten entfernt erfolgen“, heißt es in der Mitteilung.

Deutsche Piloten sowie fünf Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter der deutschen Luftwaffe hatten am 30. August ihre Kollegen aus Frankreich beziehungsweise vier Kampfflugzeuge

vom Typ Mirage 2000-5 abgelöst, die den Luftraum der baltischen Länder seit dem 3. Mai geschützt hatten. Insgesamt kamen in diesem Zusammenhang rund 160 deutsche Militärs nach Estland.

Am 7. August hatte ein Eurofighter Typhoon 2000 Jagdflugzeug der spanischen Luftstreitkräfte bei einem Übungsflug irrtümlicherweise eine scharfe Luft-Luft-Rakete über dem südlichen Teil Estlands abgefeuert. Die Rakete konnte bislang nicht gefunden werden. Die Trainingsflüge im Rahmen der Mission zum Schutz des Luftraums der baltischen Länder wurden seitdem eingestellt und werden erst Anfang September wieder aufgenommen. Lettland, Estland und Litauen verfügen über keine für die Luftraumüberwachung vorgesehenen Maschinen. Daher überwachen seit 2004 (seit dem Nato-Beitritt der baltischen Länder) die Luftstreitkräfte der Nato-Länder rotationsweise deren Luftraum. Die Maschinen werden am Flughafen Zokniai in Litauen und seit 2014 auch auf dem Militärflugplatz Ämari in Estland stationiert.

Die Überwachungsflüge erfolgen auf Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen in den bestimmtem Zonen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 11. November 3:00 bis 12. November 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Dolomitnoje, Sajzewo), Jasinowataja (Krutaja Balka), Spartak, Besymennoje (Leninskoje).

Wie zuvor mitgeteilt wurde wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine das Dach und die Verglasung eines Nichtwohnhauses in Dolomitnoje in der Shelesnodoroshnaja-Straße 47 beschädigt.

Außerdem entstand in der Folge des nächtlichen Beschusses von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine in Sajzewo ein Brand eines Nichtwohnhauses in der Poletajew-Straße 173.

Opfer unter den friedlichen Bürgern sind bisher nicht festgestellt worden.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 27. Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 111.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **Warum Trump in Paris Poroschenko nicht die Hand geschüttelt hat**
US-Präsident Donald Trump hat bei den Veranstaltungen in Paris anlässlich des 100. Jahrestages des Endes des Ersten Weltkriegs den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko beim Händeschütteln ignoriert. Der Chef des Ausschusses für Informationspolitik im russischen Föderationsrat Alexej Puschkow weiß warum.

Poroschenko habe bei der Gedenkfeier in Paris „Trump mit den Augen verschlungen“, meint der russische Politiker. Doch der Chef des Weißen Hauses halte die Ukraine für einen „abhängigen, schwachen und lästigen Staat“, deren Anführer ihn „vor der Toilette auflauern“ würden, um ihm „in die Augen zu gucken“.

„Ein überflüssiger Handschlag“, schrieb Puschkow via Twitter.

Zuvor hatte das Nachrichtenportal „Global News“ ein Video von Trump veröffentlicht. Darin ist zu sehen, wie der Staatschef der Vereinigten Staaten vor der feierlichen Gedenkzeremonie in Paris Emmanuel Macron, Angela Merkel und die daneben stehenden Gäste begrüßt. Der sich in der zweiten Reihe befindende Poroschenko guckt Trump aufmerksam an – doch der scheint ihn gar nicht zu bemerken.

Nach dem fehlenden Handschlag zogen Internet-Nutzer Poroschenko durch den Kakao. Ihnen zufolge ist der ukrainische Staatschef „auf dem Abstellgleis der Geschichte geblieben“.

„Guckte mit Welpenaugen – und mir einen Knochen, und mir“, schreibt ZopowSergei.

Eine andere Web-Nutzerin meint, dass der US-Präsident „den Bettler“ nicht begrüßen wollte.

„Trump antwortete auf die Frage, warum er Poroschenko die Hand nicht gegeben habe, dass das Ferkel Petro in diesem Team noch nicht ausgebildet sei“, meinte ein anderer User.

Ukrinform.ua: Hrojsman: Ukrainer werden erste Ergebnisse der Reformen 2019 sehen

Die ersten Ergebnisse der Reformen, die in dem Staat durchgeführt werden, werden schon im nächsten Jahr spürbar sein, erklärte heute der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, auf der Jahrestagung des Rates der Regionalentwicklung, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Im Jahr 2019 werden wir die ersten Erfolge bei der Reform der Medizin haben, wir werden die ersten Erfolge bei der Bildungsreform haben, wir werden mehr ukrainische Straßen bauen, fast doppelt so viel wie im Jahr 2018. Wir werden soziale Standards erhöhen können. Wir werden uns vorwärts bewegen können, und neue Möglichkeiten für unsere Energie-Unabhängigkeit umsetzen“, sagte Hrojsman.

Seinen Worten zufolge bestehen heute alle Möglichkeiten für die Steigerung der Gasgewinnung, um in dieser Hinsicht von keinem anderen Staat der Welt abhängig zu sein. Hrojsman hat darauf hingewiesen, dass eine zentrale Herausforderung für die Stabilität im nächsten Jahr der Populismus, die verantwortungslose Rhetorik mancher Politiker sein wird. So sollten sich jetzt die Behörden auf die Reformen konzentrieren.

Ukrinform.ua: Parubij bietet amerikanischen Investoren Zusammenarbeit bei Verwaltung des ukrainischen GTS

Der Vorsitzende des Obersten Rates der Ukraine (Werchowna Rada), Andrij Parubij, hat die amerikanischen Investoren eingeladen, sich an der Ko-Verwaltung des ukrainischen Gastransportsystems zu beteiligen.

Das sagte er beim Treffen mit dem US-Energieminister Rick Perry, berichtet der Pressedienst des Parlaments.

Seinerseits begrüßte Perry die Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und der Ukraine in der Frage der Energiesicherheit und stellte fest, dass die Vereinigten Staaten auch weiter ein konsequenter und zuverlässiger Partner der Ukraine bleiben wird.

Wie berichtet betonte der US-Energieminister Rick Perry bei einem Treffen mit dem Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, dass die Vereinigten Staaten planen, mit der Ukraine drei wichtigste Themen im Bereich der Energie zu besprechen.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Wahlergebnisse nach Auszählung aller Stimmen, Mitteilung der Zentralen Wahlkommission:

Wahl zum Republikoberhaupt:

Roman Nikolajewitsch Jewtifejew – 7,75%

Wladimir Anatoljewitsch Medwedjew – 6,05%

Denis Wladimirowitsch Puschilin – 60,85%

Roman Alexandrowitsch Chramenkow – 14,02%

Jelena Nikoajewna Schischkina – 9,3%

Ungültig – 1,4%

Die Wählerstimmen für die Listen der gesellschaftlichen Bewegungen für den Volkssowjet verteilen sich folgendermaßen:

Donezkaja Respublika - 72,5%

Swobodnyj Donbass – 26,0%

Ungültig – 1,5%

Lug-info.com: Wahlergebnisse nach Auszählung aller Stimmen, Mitteilung der Zentralen Wahlkommission:

Wahl zum Republikoberhaupt:

Leonid Pasetschnik – 68,3%

Oleg Kowal – 16,55%

Ljudmila Rusnak – 5,9%

Natalja Sergun – 7,95%

Ungültig – 1,3%

Die Wählerstimmen für die Listen der gesellschaftlichen Bewegungen für den Volkssowjet verteilen sich folgendermaßen:

Mir Luganschtschine – 74,12 %

Luganskij Ekonomitscheskij Sojus – 25,16%

Ungültig – 0,72%

de.sputniknews.com: Afghanistan: Russland eifert USA nicht nach – Moskau

Bei den radikalislamischen Taliban gilt die Vereinbarung eines Zeitplans für den Abzug ausländischer Truppen aus Afghanistan als Voraussetzung für Gespräche mit der Regierung in Kabul. Das erklärte am Montag der Leiter der Nahost-Abteilung im russischen Außenministerium Samir Kabulow.

„Sie (die Taliban-Vertreter beim Afghanistan-Treffen – Anm. d. Red.) sagten, dass sie erst dann mit der afghanischen Regierung sprechen würden, wenn sie mit den Amerikanern einen Zeitplan für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan vereinbart hätten. Als vertrauensbildende Maßnahme fordern die Taliban im vorläufigen Plan die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Abschaffung der gegen sie seit 1997 geltenden verhängten Sanktionen“, sagte Kabulow auf einer Pressekonferenz.

Er fügte hinzu, die US-Präsenz in Afghanistan löse keine regionalen Probleme, sondern schaffe sie. Moskau gehe es nicht um Wetteifer mit Washington: Auf dem Spiel stünden nationale Interessen Russlands und seiner Verbündeten. Kabulow betonte weiter: „Die USA hatten 17 Jahre Zeit, um viele ihrer ursprünglichen Pläne zu erfüllen. Aber (...) wenn Sie sich daran erinnern können, war die Präsenz der Taliban in Afghanistan 2001 auf dem Stand Null, heute sprechen wir aber davon, dass die Taliban mehr als 60 Prozent des Landes kontrollieren – das hat die US- und Nato-Präsenz in Afghanistan (bewirkt – Anm. d. Red.). Wofür ist denn eine solche Präsenz gut, wenn sie das Problem nicht lösen kann und nur zu seiner Verschlimmerung beiträgt?“.

Das Treffen im Moskauer Format zu Afghanistan auf Ebene der stellvertretenden Außenminister und Sonderbeauftragten fand am 9. November in der russischen Hauptstadt statt. An der Konferenz nahmen auch Mitglieder des Hohen Friedensrates zur Aussöhnung bewaffneter Gruppen in Afghanistan teil. Die Regierung in Kabul äußerte die Hoffnung, dass afghanische Behörden und die Taliban im Nachhinein direkte Gespräche vereinbaren würden.

dnr-online.ru: Bis heute sind in der DVR 35% der privaten und Mehrparteienwohnhäuser, die durch die Kriegshandlungen beschädigt wurden, wieder aufgebaut. Dies teilte der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez mit.

Die örtlichen Verwaltungen haben informiert, dass 9414 private und Mehrparteienwohnhäuser wiederaufgebaut wurden. „Das sind etwa 35% der Gesamtzahl der privaten und Mehrparteienwohnhäuser, die beschädigt wurden“, erklärte der Minister.

„Nach Informationen über den Wiederaufbauprozess privater und Mehrparteienwohnhäuser, die jedes Quartal von den Stadtverwaltung der Republik eingehen, wurden bis zum 20. Oktober auf dem Territorium der DVR in der Folge von Kämpfen insgesamt 26.663 Objekte des Wohnfonds beschädigt. Erhebliche Schäden erhielten mehr als 9500 Wohnobjekte. 2000 Häuser können nicht wiederaufgebaut werden. Wiederaufgebaut sind 9414 private und Mehrparteienwohnhäuser“, berichtete Sergej Naumez.

Dabei erläuterte er, dass es bisher nicht möglich ist, das genaue Ausmaß der Zerstörungen auf dem Territorium der Republik zu bestimmen, weil die Kämpfe weitergehen: „Wegen der Beschüsse kann die Kommission für den Wiederaufbau nicht immer den beschädigten Wohnraum untersuchen. Allein in Jasinowataja gibt es mehr als 450 solcher Objekte, hauptsächlich sind dies private Wohnhäuser“, teilte Sergej Naumez mit.

Dnr-online.ru: „99,6% der Heizwerke funktionieren normal. Derzeit erhalten 1667 Objekte des sozialen Bereichs Heizwärme: 497 (99,6%) Schulen, 507 (99,8%) Vorschuleinrichtungen, 348 (100%) medizinische Einrichtungen, 315 (100%) weitere Objekte. Die Systeme der Zentralheizung funktionieren in 12.322 Wohnhäuser, das sind 99,9%“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew mit.

de.sputniknews.com: **Waffen aus Europa bei Terroristen im Nahen Osten: EU-Parlament von Umfang schockiert**

In dem jüngsten Resolutionsentwurf des EU-Parlaments haben die Abgeordneten ihre Bestürzung über die große Zahl der aus Europa stammenden Waffen geäußert, die in die Hände syrischer und irakischer Terroristen gelangt sein sollen.

Der Resolutionsentwurf über den Waffenexport wurde vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gebilligt und diese Woche zur Diskussion auf der Plenartagung in Straßburg vorgelegt.

Unter anderem soll in einem Punkt der Resolution festgelegt werden, dass das Parlament „vom Volumen der in der EU hergestellten Waffen und Munition schockiert“ sei, die bei den Terroristen in Syrien und dem Irak entdeckt worden seien.

Darüber hinaus wird im Dokument ein Gesetzesvorschlag eingebracht, der die EU-Mitgliedstaaten zur Ablehnung der Exportgenehmigungen bei Gefahr, dass die auszuführenden militärischen Technologien oder Ausrüstungen wieder exportiert werden könnten, verpflichtet soll.

Das EU-Parlament wolle alle Mitgliedstaaten zum Verzicht auf solche Deals aufrufen, insbesondere beim Handel mit den USA und Saudi-Arabien.

In diesem Zusammenhang werfe das Parlament Bulgarien und Rumänien vor, nicht effektiv der gemeinsamen Stellungnahme der EU zur Waffenwiederausfuhr zu folgen und fordere von diesen Staaten eine Erklärung.

Das Entschließungsprojekt sehe außerdem die Einleitung einer Ermittlung zu den Waffenexporten vor.

Zuvor hatte das syrische Militär berichtet, dass es in den befreiten Gebieten der Provinz Deir ez-Zor eine große Anzahl von Waffen, Munition und Sprengstoffen, auch aus amerikanischer und europäischer Produktion, gefunden habe. Sie sollen den Terroristen des Islamischen Staates* gehört haben.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Auf Befehl der Kriegsverbrecher Tatus und Subanitsch wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Losowoje und Shelobok** beschossen.

Bei den Beschüssen wurden 120mm-Mörser, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 30 Geschosse abgeschossen.

Trotz der relativen Ruhe setzt das ukrainische Kommando die Vorbereitung zur Aktivierung der Kampfhandlungen fort. Nach unseren Informationen sind in der 72. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **Instrukteure aus Polen und Litauen zur Ausbildung von technischen Kräften und Aufklärern** der Brigade eingetroffen.

Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiter die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik an der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und nutzen das Regime der Feuereinstellung zur Konzentration des militärischen Potentials ihrer Einheiten in der Zone der „Operation der Besatzungskräfte“.

Es wurde entdeckt, dass im Gebiet von Nowotaschkowskoje zwei Schützenpanzerwagen und fünf Lastwagen mit Munition eingetroffen sind.

Im Gebiet von Orechowo wurde ein 122mm-Artilleriegeschütz „Gwodika“ entdeckt.

Für die ukrainischen Streitkräfte ist die Verletzung der Minsker Vereinbarungen normale Praxis geworden und sie verwenden **Drohnen an der gesamten Abgrenzungslinie**. Die Volksmiliz der LVR unterbindet regelmäßig rechtswidrige Handlungen des Gegners und die ukrainischen Streitkräfte verlieren ihre Drohnen. So hat gestern gegen 11:45 eine Luftabwehrmannschaft eine **Kampfdrohne des Gegners vom Typ Phantom abgeschossen**. Ich erinnere ein weiteres Mal daran, dass alle rechtswidrigen Handlungen des Gegners fest unterbunden werden.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt das Niveau des moralisch-psychischen Zustands weiter ab. Bestätigung dessen sind weitere Fälle von Verletzung der militärischen Disziplin auf dem Hintergrund des Genusses von Alkohol.

Am 10. November hat der Kommandeur einer Einheit der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in betrunkenem Zustand einen Untergebenen verprügelt. In der Folge landete der Soldat mit Rippenbrüchen und einem geschlossenen Schädel-Hirn-Trauma im Krankenhaus. Diese Fall wird sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihre Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression von der ukrainischen Seite entgegenzutreten zu können.

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR**

zur Lage am 12.11.2018

In den letzten 24 Stunden wurden **sieben Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **sechs Ortschaften der Republik** beschoss.

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus **Sajzewo und Dolomitnoje** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In der Folge des Beschusses entstand ein Brand an einem zivilen Gebäude in Sajzewo in der Poletajew-Straße 173.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 92. mechanisierten Brigade, die von Kokorjew geleitet wird, sowie der 56. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft Iwanows wurden die Gebiete von **Jasinowataja, Spartak und Krutaja Balka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbriade auf Befehl von Kuratsch beim Beschuss von **Leninskoje** Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer und großkalibrige Schusswaffen verwendet.

Trotz des Bestrebens der politischen Führung und des militärischen Kommandos der Ukraine, die Wahlen im Donbass zu sabotieren, konstatieren wir **einen erheblichen Rückgang der Zahl der Beschüsse am Tag der Wahl entlang der gesamten Kontaktlinie**. Dies zeugt davon, dass die Mehrzahl der ukrainischen Soldaten dem Schicksal des Donbass gegenüber nicht gleichgültig waren und mit ihren Aktivitäten zur Sabotage der Pläne des übergeordneten Kommandos die gesetzliche Willensäußerung der Bürger der Republik unterstützt haben. Wir erhalten weiter Informationen über Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der „OOS“-Zone.

Während einer Wachablösung am Kommandobeobachtungspunkt eines Zugs aus der 56. Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben die eintreffenden Kämpfer die Leichen von zwei Kameraden ohne Spuren eines gewaltsamen Todes gefunden. Im Verlauf der Ermittlungen wurde festgestellt, dass die Kämpfer in der Folge einer Vergiftung mit einem Alkoholplagiat, das sie in Awdejewka gekauft hatten und das

s sie angesichts des Fehlens irgendwelcher Heizgeräte zum Aufwärmen tranken, starben. Außerdem starb am 11. November dieses Jahres auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte an der ersten Verteidigungslinie im Gebiet von Marjinka der Kämpfer der 28. Brigade, der Soldat Kremenko, als er auf eine eigene Minensperre geriet. Zu diesem Fall werden Ermittlungen durchgeführt. Nach vorläufigen Informationen wussten die ukrainischen Kämpfer nichts von der Existenz der Minen in dem genannten Gebiet.

Nach bereits entstandener Tradition plant das Kommando der 28. Brigade, den genannten Todesfall der Kämpfer als Verluste in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auszugeben.

de.sputniknews.com: Wahlen im Donbass: Deutscher Wahlbeobachter empört über ARD

In den selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine fanden am Sonntag Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Unter den etwa 50 internationalen Wahlbeobachtern war auch der deutsche Regionalpolitiker Andreas Maurer von der Linkspartei. Ihn beeindruckte die hohe Wahlbeteiligung. Kritisch sieht Maurer die Berichterstattung von ARD und ZDF.

Herr Maurer, Sie waren als Wahlbeobachter bei den Wahlen in den selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine. Wie war Ihr Eindruck? Wie sind die Wahlen abgelaufen?
Ich war im Vorfeld der Wahlen in der Lugansker Volksrepublik (LNR), wo uns gezeigt wurde, wie die Vorbereitungen laufen, wie die Wahllokale eingerichtet werden. Man hat versucht in allen Gebieten, auch in Grenzgebieten, wo die Menschen unter Beschuss leben, Wahlbezirke

einzurichten. Die Wahlbeobachtung habe ich dann in Donezk vorgenommen. Die Wahlbeteiligung war vom frühen Morgen an hoch. Es gab Schlangen mit Wartezeit an den Lokalen. Ich selbst habe im Laufe des Tages sieben Wahllokale besucht. Überall war es voll und es war fast ein wenig Volksfeststimmung.

Haben Sie irgendwelche Unregelmäßigkeiten beobachtet?

Wir waren in Donezk etwa fünfzig internationale Wahlbeobachter aus 14 Ländern, aufgeteilt auf fünf-sechs Gruppen, und haben uns am Abend ausführlich ausgetauscht über unsere Beobachtungen. Wir konnten wirklich nichts feststellen. Inzwischen gibt es auch die ersten offiziellen Zahlen. Die Wahlbeteiligung lag in beiden Volksrepubliken ungefähr gleich bei 77-78 Prozent. Und der neue Präsident der Donezker Volksrepublik (DNR) Denis Puschilin wurde mit 60 Prozent gewählt.

Aus welchen Ländern kamen die internationalen Wahlbeobachter und wer war außer Ihnen noch aus Deutschland vor Ort?

Große Delegationen waren aus Frankreich, Italien und Griechenland da. Es waren viele Politiker von europäischen Linksparteien dabei, so auch neben mir noch zwei weitere linke Politiker aus Deutschland, einer davon aus Hamburg. Hier in Donezk war auch noch ein AfD-Abgeordneter, ich glaube, vom Berliner Senat.

Darüber hinaus gab es auch viele Beobachter aus der Russischen Föderation — Senatoren, Duma-Abgeordnete. Interessant war, dass die Gruppen nicht nach Ländern geordnet, sondern gemischt waren. Auch die Pressevertreter durften direkt in unseren Bussen mitfahren. So war es für mich auch eine Unverschämtheit zu hören, dass die ARD berichtet hat, dass man ihnen nur ein Wahllokal gezeigt hat und dass sie sich nicht frei bewegen konnten. In meinem Bus saßen Vertreter des ZDF — die sind selbst früher aus dem Bus ausgestiegen, weil sie sagten, dass sie genug Material hätten. Und ich konnte selbst sehen, dass sie sich frei bewegen konnten und interviewen, wen sie wollten. Und die Menschen waren auch offen und haben gern mit den westlichen Korrespondenten gesprochen. Keiner hat hier Angst oder etwas zu verbergen. Mal schauen, wie nun das ZDF darüber berichtet, aber ich nehme an, es wird ähnlich gleichgeschaltete Berichterstattung wie bei der ARD sein.

Nun werden die Wahlergebnisse wohl von niemandem, wohl nicht einmal von Russland anerkannt werden. Warum wählt man trotzdem im Donbass?

Das ist wichtig für die Menschen hier als Zeichen, dass die Infrastruktur funktioniert. Aber ist auch wichtig nach außen, dass es legitime Verhandlungsführer gibt bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen. So sind diese Wahlen auch kein Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen, denn dort steht nur, dass keine Kommunalwahlen stattfinden dürfen. Zur Wahl einer neuen Landesführung steht dort nichts.

Und was den Vorwurf betrifft, hier wurden Menschen zur Wahl gezwungen — das ist absurd. In einem Land, in dem Krieg herrscht, kann man niemanden zwingen zur Wahl zu gehen. Allerdings gab es von ukrainischer Seite massiv Druck auf die Menschen über Flyer und Plakate im Grenzgebiet und auch über Fernsehen und soziale Netzwerke. Man drohte hier den Menschen, wenn sie an den Wahlen teilnehmen, ihnen die Rente zu streichen, wenn sie wieder auf dem Territorium der Ukraine sind und ein Strafverfahren gegen sie zu eröffnen. Ich würde mir wünschen, dass westliche Medien über solche Drohungen aus Kiew berichten. Ich war mir unter diesen Umständen auch nicht sicher, ob die Menschen zur Wahl kommen. Ich dachte, vielleicht sind die Menschen müde, weil der Konflikt ja schon fast fünf Jahre dauert. Allerdings hat dies genau zum Gegenteil geführt. Die Menschen haben sich gesagt, wenn wir fast alle wählen gehen — alle können sie nicht bestrafen.

Wie schätzen Sie den neuen Präsidenten der DNR Denis Pushilin ein?

Ich hatte gestern Abend bereits die Gelegenheit, ausführlich mit dem neuen Präsidenten zu sprechen. Ich habe die Hoffnung, dass dies ein "diplomatischer" Präsident wird, wenn ich es mal so nennen darf. Pushilin war ja auch Donezker Vertreter bei den Minsker Verhandlungen. Er kennt sich also aus auf dem diplomatischen Parkett.

Allerdings ist der Verlust des alten Präsidenten Alexander Sachartschenko noch immer zu spüren. Aber die Wahlen gestern waren da, denke ich, ein neuer Aufbruch, nach vorne zu schauen. Die Botschaft des neuen Präsidenten gestern war auch: wir arbeiten weiter und unser zentrales Ziel ist der Frieden, dass der Beschuss unserer Regionen endlich ein Ende hat.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32293/75/322937529.jpg>
de.sputniknews.com:

Dan-news.info: „Die Funktion des ukrainischen Mobilfunkoperators Vodafone auf dem Territorium der DVR ist wiederhergestellt“, teilte das Kommunikationsministerium der DVR mit.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die Verbindung von Vodafone in der DVR wegen einem Schaden an einem Glasfaserkabel zwischen der DVR und der LVR ausgefallen war.

Ria.ru: „Wir verhalten uns mit Verständnis gegenüber der Durchführung dieser Wahlen. Sie wissen, dass die Rede von zwei Republiken ist, die von der Ukraine abgetrennt sind und sich im Zustand eines absoluten Embargos befinden. Die Minsker Vereinbarungen werden von der ukrainischen Seite nicht realisiert. Und natürlich unter diesen Bedingungen plus der Bedingungen der Gefahr einer Wiederaufnahme eines gewaltsamen Szenarios bleibt diesen Republiken nichts anderes übrig, als sich selbst zu organisieren, um einfach die eigene Existenz, das Leben und die sozialen Verpflichtungen gegenüber den Menschen, die ihr Land fallen gelassen hat, zu sichern“, sagte der Sprecher des russischen Präsidenten Putin Peskow auf die Bitte, die Wahlen in der LVR und DVR zu kommentieren.

Er fügte hinzu, dass er nicht weiß, ob der Präsident der RF Wladimir Putin den Siegern bei den Wahlen gratuliert hat.

Ukrinform.ua: **Poroschenko besprach mit Macron und Merkel Friedensstifter und Geiseln**

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat beim trilateralen Treffen mit dem Präsidenten Frankreichs Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel die Fragen zur internationalen Friedensmission im okkupierten Donbass und zur Freilassung der ukrainischen Bürger, die vom russischen Regime gesetzwidrig gehalten werden,

angeschnitten.

Dies teilte der Staatschef nach den Ergebnissen seines Arbeitsbesuchs in Paris und der durchgeführten Treffen mit Spitzenpolitikern mit, berichtet der eigene Ukrinform-Korrespondent in Frankreich.

"Wir haben die Fragen zur Entsendung der Friedensstifter in besetzte Gebiete im Donbass, die von der Ukraine vorgeschlagen wurde, und zur Unterstützung der Haltung der Ukraine seitens unserer Partner im Normandie-Format, Deutschlands und Frankreichs, besprochen", teilte Poroschenko mit.

Der Staatschef machte deutlich, er sei tief überzeugt, dass "nur die Friedensstifter imstande seien, eine Sicherheitskomponente der Minsker Abkommen zu gewährleisten, Beschießungen einzustellen und Russland zu zwingen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen".

Außerdem wurde während des Treffens mit Macron und Merkel die Fragen der Freilassung der politischen Häftlinge angeschnitten, die gesetzwidrig von Russland festgehalten werden.

Wie Ukrinform berichtete, hat sich Präsident der Ukraine am 10. und 11. November zu einem Arbeitsbesuch in Frankreich aufgehalten.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_11/thumb_files/630_360_1541959586-884.jpeg

Ria.ru: „Wir fordern eine sofortige Einberufung der dreiseitigen Kontaktgruppe. ... Unter diesen Bedingungen ist der Garant der ukrainischen Unabhängigkeit, der Garant der Befreiung der ungesetzlich besetzten Territorien des Donbass... die ukrainische Armee“, erklärte der Präsident der Ukraine Poroschenko am Montag während des Rats der Regionen in Kiew.

Nach seinen Worten haben viele Länder diese Wahlen schon als ungesetzlich anerkannt.

Außerdem erklärte Poroschenko, dass am Montag in Wien die Sitzung des ständigen Rats der OSCE stattfindet, wo die Frage der Wahlen aufgeworfen wird.

Abends:

de.sputniknews.com: **Poroschenko stuft Ukraine als eines der ärmsten Länder Europas**

ein

Präsident Petro Poroschenko hat die Ukraine als eines der ärmsten Länder Europas eingestuft. Wie der Staatschef am Montag in einer Sitzung des Rates für regionale Entwicklung sagte, ist das Tempo der ökonomischen Entwicklung des Landes unzureichend.

„Wir haben das Wirtschaftswachstum wiederhergestellt. Aber sein Tempo ist zu langsam, damit Menschen in ausnahmslos allen Regionen und sozialen Schichten spürten, dass wir nicht mehr eines der ärmsten Länder Europas sind“, wurde der Präsident von der ukrainischen Zeitung „Ekonomitscheskaja Prawda“ zitiert.

Poroschenko nahm ferner Stellung zur Erhöhung der Gaspreise im Land. „Dieser Schritt wurde unvermeidlich. Sonst hätte der Internationale Währungsfonds (IWF) uns keine weiteren Kredittranchen gewähren“, sagte er.

Zum 1. November zogen die Gaspreise in der Ukraine um 23,5 Prozent auf 8.500 Griwna (265,2 Euro) pro 1.000 Kubikmeter an. Nach Angaben des Kabinetts in Kiew werden die Gaspreise auch künftig steigen: Nächstes Mal werden sie zwischen Mai und Dezember 2019 nach oben korrigiert.

Die Regierung habe vor dem Dilemma gestanden — schlecht oder sehr schlecht – und zwischen der Erhöhung der Tarife und dem gewaltigen Schlag gegen die makroökonomische Stabilität des Staates zu entscheiden, fuhr Poroschenko fort. „Das sind der Wechselkurs, das Etatdefizit, die rechtzeitige Auszahlung der Löhne und Renten, die Finanzierung der Armee und des Sicherheitssektors. Das ist eine Wahl zwischen Skylla und Charybdis“, sagte er.

Vier Jahre nach dem Staatsstreich 2014 in Kiew steht die ukrainische Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch: Kommunale Tarife wachsen, Löhne, Gehälter und Renten bleiben auf tiefstem Niveau, die Außenschulden steigen. Zwischen 2013 und Anfang 2018 hat sich das Verhältnis zwischen Verbindlichkeiten und Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 36,6 auf 71,8 Prozent nahezu verdoppelt.

Kiew warnt immer öfter vor einem Staatsbankrott, wenn sich der IWF aus dem Hilfsprogramm für die Ukraine zurückzieht. Anfang November erklärte das Finanzministerium, dass die Ukraine ohne Hilfe des IWF den Zugang zu Ressourcen internationaler Organisationen und institutioneller Investoren bereits 2019 verlieren würde.